

Der Bundespräsident zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen

Bundespräsident Heinrich Lübke sandte dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, folgendes Telegramm: „Zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung ihrer Charta spreche ich den Vereinten Nationen die Glückwünsche des deutschen Volkes aus. Obwohl Deutschland der Organisation nicht als Mitglied angehört, nimmt das deutsche Volk Anteil an der segensreichen Arbeit der Vereinten Nationen. Auch in Zukunft wird die Mitarbeit in den Sonderorganisationen und die Beteiligung an zahlreichen Hilfsprogrammen ein Anliegen der Politik der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Der deutschen Regierung ist es eine selbstverständliche Verpflichtung, für die Verwirklichung der in der Charta vorgezeichneten hohen Ziele, vor allem für die Erhaltung des Friedens in der Welt und für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, einzutreten. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß die Verwirklichung dieser Ziele auch ihm zugute kommt.“

Jahr der Internationalen Zusammenarbeit

Vor zwanzig Jahren, am 26. Juni 1945, wurde in San Franzisko die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hatte im Hinblick auf dieses Datum beschlossen, 1965, das zwanzigste Jahr des Bestehens der Weltorganisation, zum „Jahr der Internationalen Zusammenarbeit“ zu erklären. Sie hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, dieses Jahr zum Anlaß zu nehmen, um durch entsprechende Veranstaltungen auf ihre Beteiligung an der internationalen Kooperation hinzuweisen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht zu den Mitgliedern der Vereinten Nationen. Trotzdem gibt dieses „Jahr der Internationalen Zusammenarbeit“ Anlaß, auf die deutsche Beteiligung an sämtlichen Sonderorganisationen und Hilfswerken der Vereinten Nationen hinzuweisen.

Auf den Ausgang des zweiten Weltkrieges und auf die Teilung Deutschlands ist es zurückzuführen, daß die Bundesrepublik – nach der Bevölkerungsziffer das achtgrößte Land der Erde und als Handelsmacht die zweitgrößte der Welt – nicht Vollmitglied der Weltorganisation ist. Nach der Satzung der Vereinten Nationen bedarf die Aufnahme neuer Mitglieder der Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Da – neben China, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten – die Sowjetunion einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hat und da diese ihre Einwilligung in die deutsche Mitgliedschaft nur geben würde, wenn gleichzeitig die sowjetisch besetzte Zone aufgenommen würde, ist der Bundesrepublik der Beitritt praktisch verwehrt.

Trotzdem hat die Bundesregierung sich seit ihrem Bestehen in enger Zusammenarbeit mit fast allen Ländern der Erde bemüht, zur Erreichung der Ziele beizutragen, die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind. Zu diesen Zielen gehört es, „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen“. Daran arbeitet die Bundesrepublik innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen seit langem aktiv mit.

Durch freiwillige Zahlungen beteiligt sie sich an allen Hilfswerken der Vereinten Nationen. Sie stellte hierfür im Jahre 1964 über 40 Mill. DM zur Verfügung. Beim Technischen Hilfswerk und beim Sonderfonds der Vereinten Nationen steht sie an dritter Stelle hinter den Beiträgen der USA und Großbritanniens. Beim Weltkinderhilfswerk (UNICEF) steht sie mit 6 Mill. DM sogar an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten.

Auch mit ihrem Anteil an der Sanierungsanleihe der Vereinten Nationen steht die Bundesrepublik Deutschland nach den Amerikanern und unmittelbar nach den Engländern an dritter Stelle.

An Pflichtbeiträgen zahlt sie für ihre Mitgliedschaft in den zahlreichen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen über 60 Mill. DM im Jahr. Gut 40 Mill. davon gehen an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA). Doch nicht nur

in den Finanzbeiträgen kommen die Bereitschaft und der Wille der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit zum Ausdruck. Die Deutschen stellen den Organisationen der Vereinten Nationen auch ihre fachlichen Erfahrungen zur Verfügung und beteiligen sich personell vor allem auch an den technischen Hilfsprogrammen zugunsten der Entwicklungsländer. Deutsche Landwirte, Forstleute, Ärzte, Meteorologen, Verwaltungsexperten, Funktechniker, Biologen, Physiker und Mitglieder anderer Berufsgruppen arbeiten in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens an zahlreichen Projekten der technischen Hilfe der Vereinten Nationen mit.

Neben der finanziellen und personellen Förderung der Ziele der Vereinten Nationen ist die kooperative Haltung der Bundesrepublik aber auch im Geistig-Ideellen begründet. Sie ist ein entscheidender Bestandteil der Politik der Bundesregierung gewesen, seitdem es die Bundesrepublik gibt. Ihre rückhaltlose Identifizierung mit den Bemühungen der Vereinten Nationen um eine weltweite Zusammenarbeit und die Erfüllung des obersten Grundsatzes der Weltorganisation, kooperativ zu sein, berechtigt die Deutschen dazu, sich als zur „Familie der Vereinten Nationen“ gehörig zu fühlen, obwohl sie der Organisation selbst infolge widriger Umstände nicht als Mitglied angehören kann. Im „Jahr der Internationalen Zusammenarbeit“ darf sie auf ihre bisherige aktive Teilnahme an den gemeinsamen Aufgaben ebenso hinweisen wie auf ihren Entschluß, diese Mitarbeit innerhalb der ihr gesetzten Grenzen im Sinne der Charta der Vereinten Nationen fortzusetzen.

Die Bundesregierung zum Jahr der Internationalen Zusammenarbeit

In der Fragestunde des Bundestages vom 16. Juni 1965 kam es zu folgenden Fragen und Antworten (vgl. Protokoll der 190. Sitzung S. 9514).

Frau Dr. Flitz (FDP): Was gedenkt die Bundesregierung für das „UN Cooperation Year“ zu unternehmen?

Dr. Schröder, Bundesminister des Auswärtigen: Die Antwort auf diese Frage ist leider etwas länger, Herr Präsident. Die XVIII. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 1965, in dem die Weltorganisation auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, zum „Jahr der Internationalen Zusammenarbeit“ proklamiert und in der diesbezüglichen Entschließung 1907 (XVIII) vom 12. Dezember 1963 alle Mitgliedstaaten aufgerufen, diesem Umstande durch angemessene Veranstaltungen Rechnung zu tragen.

Der Aufruf ist nicht an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, da diese den Vereinten Nationen nicht als Mitglied angehört. Aus diesem Grunde hält es die Bundesregierung nicht für tunlich, das „Jahr der Internationalen Zusammenarbeit“ in der gleichen Weise offiziell zu begehen, wie eine Reihe von Mitgliedstaaten es geplant hat. Trotzdem hat die Bundesregierung angesichts des bedeutenden deutschen Anteils an der internationalen Zusammenarbeit Schritte unternommen, um sowohl die deutsche als auch eine breitere ausländische Öffentlichkeit mit Art und Ausmaß dieser Zusammenarbeit vertraut zu machen.

Im Einvernehmen mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sind u. a. geplant: die Herausgabe einer Broschüre über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Zusammenarbeit; ein ausführlicher illustrierter Artikel über Deutschlands Kooperation innerhalb der Vereinten Nationen in der Zeitschrift „international scala“; ein entsprechender Artikel im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen angeregt, daß diese ihre Arbeit im Jahre 1965 insbesondere unter den Gesichtspunkt der internationalen Zusammenarbeit stellt. Die Bundesregierung hat ihre Mithilfe bei diesem Vorhaben angeboten.

Frau Dr. Flitz (FDP): Herr Minister, die Bundesrepublik ist doch Mitglied sehr vieler Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, z. B. der UNICEF. Würde die Bundesregierung überlegen, als Beitrag zum Jahr der Internationalen Zusammenarbeit unter Umständen die Kultusministerkonferenz zu bitten, anzuregen, daß Schulkinder am Weltkindertag im September für die Kinder in der Welt sammeln, so wie es in anderen Ländern seit Jahren geschieht? Würde die Bundesregierung also unter Umständen

bereit sein, der Kultusministerkonferenz eine solche Anregung zu geben?

Dr. Schröder: Frau Kollegin, ich halte das für eine sehr überlegenswerte Anregung, die wir gern an die Konferenz der Kultusminister weitergeben wollen.

Regierender Bürgermeister Brandt bei Generalsekretär U Thant

Während eines zehntägigen Aufenthalts in Washington und New York, wo ihm die Ehrendoktorwürde der New School for Social Research verliehen wurde, stattete der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, begleitet vom deutschen Beobachter bei der Weltorganisation, Botschafter von Braun, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, am 20. April einen Besuch ab. Die halbstündige Unterredung galt besonders der internationalen Lage. U Thant nahm die Gelegenheit wahr, Brandt gegenüber seine hohe Wertschätzung für die tatkräftige Mitarbeit der Bundesrepublik an den Aufgaben der Vereinten Nationen, an ihren Hilfswerken sowie an der Zypernaktion auszusprechen. Nach der Unterredung fand im Hauptgebäude eine Pressekonferenz statt, in der vorwiegend nach der deutschen Einstellung zu aktuellen Weltproblemen gefragt wurde, und anschließend gab Botschafter von Braun in seiner Residenz dem Regierenden Bürgermeister ein Essen, an dem auch befreundete UN-Diplomaten teilnahmen.

Der Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission in Berlin

Botschafter Salvador E. Lopez, Delegierter der Philippinen bei der UNO in New York, derzeitiger Vorsitzender der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen und vormaliger Außenminister seines Landes, hielt auf Einladung des Landesverbandes Berlin der DGVN am 21. April 1965 einen Vortrag. Das Präsidialmitglied des Landesverbandes, Dr. Bloss, begrüßte den Gast mit dem Hinweis, daß sein Besuch in Berlin besonders wichtig und angebracht sei, da die Bewohner der Stadt täglich mit den Menschenrechten konfrontiert würden.

Botschafter Lopez nannte die Mauer in Berlin ein Grauen erregendes Denkmal des Despotismus und der Versklavung. Sie sei eine Vergewaltigung der Menschenrechte, um deren Verwirklichung die Vereinten Nationen bemüht seien. Er habe von der Mauer gehört und sie auch auf Bildern und im Fernsehen gesehen, aber erst die persönliche Anschauung zeige ihm, wie notwendig und richtig sein Besuch als Vorsitzender der Menschenrechtskommission in Berlin sei. Lopez bedauerte, daß die deutsche Frage und das Vietnamproblem nicht auf der Tagesordnung der UNO stünden. Lösungen schwerwiegender politischer Probleme ließen sich in den Vereinten Nationen nur finden, wenn die führenden Großmächte sich einig seien. Das sei eine seiner schmerzlichen Erfahrungen bei der Arbeit in der UNO. Lopez bezeichnete das partielle Atomteststoppabkommen vom 5. August 1963 als einen der größten Erfolge der Vereinten Nationen, denn das Abkommen sei durch ihren Druck zustande gekommen. Ähnlich stellten sich die Probleme für die Abrüstung. Die Großmächte beherrschten die militärischen Probleme, die kleineren Staaten kontrollierten dagegen das Gewissen der Menschheit. Moralische Einflüsse auf die Politik seien durchaus festzustellen, so bei der Entkolonialisierung der Welt, bei der Hebung des Lebensstandards, bei der Beachtung der wirtschaftlichen Probleme der kleineren Nationen, bei Bekämpfung von Armut, Unwissenheit und Krankheit. Seit dem letzten Krieg seien etwa 50 Staaten unabhängig geworden, ganz entscheidend durch die Tätigkeit der Vereinten Nationen.

Botschafter Lopez gab dann einen Überblick über die Tätigkeit der Kommission für Menschenrechte seit ihrer Gründung durch den Wirtschafts- und Sozialrat im Jahre 1946. Die im Jahre 1948 angenommene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte habe erhebliche Wirkungen hervorgerufen, obwohl sie keine Völkerrechtsverbindlichkeit besitze. Ihre Ideen seien in die Verfassungen fast aller unabhängig gewordenen Staaten Asiens und Afrikas eingegangen. Diese Menschenrechtsprinzipien hätten in den Herzen der Menschen Wurzel gefaßt. Heute wüßten die Menschen von den Menschenrechten. Regierungen wie Einzelpersonen könnten sie nicht unberücksichtigt lassen. Sie würden von Behörden, Gesellschaften und

Institutionen beachtet. So sehr auch täglich an vielen Stellen der Welt gegen die Menschenrechte verstoßen würde, so dürfe man ihre Bedeutung nicht allein danach messen, man müsse vielmehr bei der Bewertung auch das Feld beachten, das den Menschenrechten erobert worden sei. Botschafter Lopez berichtete dann von der letzten Tagung der Menschenrechtskommission in Genf vom 22. März bis 15. April 1965, der er präsiert hatte und von der er nach Berlin kam. Auf dieser Tagung sei zum erstenmal die Bestrafung von Kriegsverbrechen in Verbindung mit den Menschenrechten behandelt worden. Die polnische Delegation hatte beantragt, die Frage der Kriegsverbrechen im Hinblick auf die Bundesrepublik auf die Tagesordnung zu setzen. Im Verlauf heftiger Debatten kam es zu einer Kompromißformel. Es sollen alle Schritte unternommen werden, um das Vergehen von Kriegsverbrechen in die beiden vorgesehenen Konventionen für Menschenrechte einzubauen. Das Ziel sei auch hier, eine schnelle und strenge Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in allen Staaten herbeizuführen. Die Konventionen hätten das Ziel, die Menschenrechte in den ratifizierenden Staaten rechtsverbindlich zu machen. Mit ihnen sei die Errichtung eines Gerichtshofes für Menschenrechte verbunden. Auch die Einsetzung eines Hochkommissars für Menschenrechte, ausgestattet mit exekutiven Befugnissen, solle geprüft werden. Ohne Zweifel würde es ein großer Fortschritt sein, wenn zukünftig der Einzelne seine Rechte vor einem überstaatlichen Tribunal geltend machen könne. Zum Schluß seiner Ausführungen bekräftigte Botschafter Lopez seine Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht und die Wiedervereinigung der Deutschen. Nach seiner Überzeugung sei sie nur durch ein Nachlassen der weltpolitischen Spannungen und durch eine innereuropäische Integration in Freiheit zu erreichen.

Dr. Bloss dankte dem Redner für seine Ausführungen. Er sei zu der Überzeugung gelangt, daß auch kleinere Nationen durchaus in der Lage seien, einen wertvollen Einfluß auf die Weltereignisse auszuüben. Die Gäste, die dem Vortrag sehr aufmerksam gefolgt waren, spendeten dankbaren Beifall. Der Besuch des Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen fand darüber hinaus in Presse, Rundfunk und Fernsehen starke Beachtung.

Deutschlandreise von UN-Journalisten

Auf Einladung der Bundesregierung unternahmen vier UN-Journalisten aus Ghana, Indien und den Vereinigten Staaten Anfang Mai eine 14tägige Rundreise durch die Bundesrepublik, die sie nach Bonn, Berlin, Hamburg und München führte und Gelegenheit zu ausgiebiger Unterrichtung über deutsche politische und wirtschaftliche Fragen bot. In Berlin hatten die Korrespondenten Gelegenheit, auf der Jubiläumstagung des Aktionskomitees für das Vereinigte Europa den Bundeskanzler und den Regierenden Bürgermeister von Berlin persönlich kennenzulernen. In Bonn und Berlin ergaben sich Gelegenheiten zur Fühlungnahme mit Vertretern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. — Im Rahmen des Einladungsprogramms der Bundesregierung war in diesem Jahre ferner bereits eine Gruppe von englisch sprechenden afrikanischen UN-Diplomaten in Deutschland. Der Besuch einer französisch sprechenden Gruppe von afrikanischen UN-Diplomaten steht für Juli bevor. Auch der kolumbianische Botschafter bei der UNO, Dr. German Zea, wird in diesem Sommer die Bundesrepublik Deutschland besuchen.

Journalistenseminare bei UNESCO und ILO

250 deutsche Journalisten nahmen seit 1961 an insgesamt 14 Seminaren teil, die gemeinsam von der UNESCO, der ILO und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris und Genf durchgeführt wurden. Im Mittelpunkt der Seminare standen neben der allgemeinen Information über die Tätigkeit dieser Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Probleme des internationalen Bildungs- und Erziehungswesens und der internationalen Erwachsenenbildung im Rahmen der Ausbildungshilfe für die Entwicklungsländer. Die Bundesrepublik ist das einzige Mitgliedsland der UNESCO, das mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung regelmäßig solche Seminare für Journalisten durchführt und damit dazu beiträgt, daß die Probleme,

denen sich viele Länder der Welt bei der Bewältigung ihrer Erziehungs- und Bildungsaufgaben gegenübergestellt sehen, einer breiten deutschen Öffentlichkeit bekannt werden.

Deutsche Delegation im UN-Ausschuß für Industrielle Entwicklung

In der diesjährigen Sitzung des Ausschusses für Industrielle Entwicklung, der vom Wirtschafts- und Sozialrat eingesetzt worden ist und vom 11. bis 31. Mai in New York tagte und in den die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied gewählt worden ist, nahmen als Vertreter des Auswärtigen Amtes VLR I Karl-Günther von Heyden und als Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums Dr. Walter Stock teil. In den Verhandlungen wurden Fortschritte in den praktischen Maßnahmen bei der Unterstützung der Entwicklungsländer bei ihrer industriellen Entwicklung erzielt.

Bundeskanzler besuchte Generalsekretär U Thant

Auf seiner Reise nach Washington und New York besuchte Bundeskanzler Erhard am 2. Juni auch die Vereinten Nationen. Er hatte eine dreiviertelstündige Unterredung mit Generalsekretär U Thant, an der auch der Leiter des Presse- und Informationsamtes, Staatssekretär von Hase, und der deutsche UN-Beobachter, Botschafter von Braun, teilnahmen. Anschließend beantwortete der Bundeskanzler UN-Journalisten eine Reihe von Fragen und stellte fest, daß sein Gespräch mit dem Generalsekretär in einer herzlichen Atmosphäre stattgefunden habe. U Thant habe zunächst seinen Dank für die vielseitige Unterstützung von Friedensoperationen der UN sowie ihrer Sonderorganisationen ausgesprochen und besonders die großzügige finanzielle Hilfe Deutschlands für die Zypernaktion hervorgehoben. Bei Erörterung der weltpolitischen Probleme hob der Bundeskanzler hervor, daß die endgültige Befriedung Europas, die in vieler Hinsicht so erfolgreiche Fortschritte gemacht habe, von der Wiedervereinigung abhängen; sie liege im Interesse aller europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion und sie könne auch erheblich zur Fundierung des Weltfriedens beitragen.

Einen breiten Raum nahm die Erörterung der Entwicklungshilfe ein. Dabei wurde vom Generalsekretär unterstrichen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der UN sei, am Ausgleich zwischen dem Lebensstandard in den Industrieländern und in den Entwicklungsländern mitzuarbeiten. Auch das Johnson-Projekt für Südostasien nach Beendigung der Feindseligkeiten in Vietnam wurde angeschnitten, wobei der Bundeskanzler darauf hinwies, daß die Bundesrepublik schon jetzt an den Vorplanungen und Untersuchungen des Mekong-Projektes aktiv mitwirke. Der Bundeskanzler hob schließlich die deutsche Bereitschaft hervor, nicht nur finanziell, sondern auch personell an den von den UN betriebenen Entwicklungsaufgaben mitzuwirken. Dies gab dem Generalsekretär Gelegenheit zu einem Wort des Dankes für die wertvolle Arbeit deutscher Experten in Projekten des Sonderfonds und des Erweiterten Programms für Technische Hilfe.

Im Anschluß an seinen Besuch im Haus der Vereinten Nationen gab der deutsche Beobachter zu Ehren des Bundeskanzlers in seiner Residenz ein Essen, an dem als Vertreter des verhinderten Generalsekretärs der Untersekretär für Wirtschaftsfragen, de Seynes, sowie eine Anzahl von UN-Botschaftern teilnahmen.

Sitzung des Verwaltungsrats des UN-Sonderfonds

Als deutsche Vertreter an der Sitzung des Verwaltungsrats des UN-Sonderfonds, die vom 1. bis 8. Juni am Hauptsitz der UN in New York stattfand, nahm als Vertreter der Bundesregierung VLR I Karl-Günther von Heyden teil.

Deutsche Teilnahme an der Vorbereitungskonferenz für eine multilaterale Transithandelskonvention

Die Vorbereitung einer multilateralen Transithandelskonvention im Rahmen der Welthandelskonferenz ist von dem Ausschuß für Transithandel für Binnenländer in New York am 7. Juni in Angriff genommen worden. Die Bundesrepublik ist auf dieser Konferenz prominent durch eine sechsköpfige Delegation vertreten: Ministerialdirigent Dr. Herbert Neupert (Bundesverkehrsministerium), Botschafter Hans Joachim Mangold (Auswärtiges Amt), MR Dr. Rolf Hesse (Bundesfinanz-

ministerium), RR Walter Göller (BMV), RR Hans Heinrich Schenck (BMW) und Dr. Elfriede Beier (BMV). Der Leiter der deutschen Delegation, Dr. Neupert, wurde zu einem der zwölf Vizepräsidenten der Konferenz gewählt, nicht ohne daß von sowjetischer Seite an dieser Wahl Kritik geübt und der Versuch unternommen wurde, der SBZ zur Mitwirkung in dem Ausschuß zu verhelfen. - Der deutsche Chefdelegierte legte in seiner Eröffnungserklärung dar, daß das Problem der Binnenländer regional sehr verschiedenartig gelagert ist und bat um Verständnis dafür, daß in Europa nicht zuletzt durch den Wettbewerb der Seehäfen um den Außenhandel der Binnenländer und durch die langjährige Tradition von Transithandelsabkommen, beispielsweise für die Rheinschifffahrt, eine sehr viel differenziertere Sicherung der Rechte der Binnenländer möglich sei als anderwärts. Ein weltweites Abkommen, an dem auch Deutschland sehr interessiert und mitzuarbeiten bereit sei, dürfe jedoch nicht die bereits bestehenden Abkommen in Europa oder ihre zukünftige Umgestaltung beeinträchtigen. Dr. Neupert schilderte sodann die Grundsätze der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des internationalen Verkehrs, bei der die Sicherung der Transithandelsrechte der Binnenländer nur einen Teil darstellten. Diese Prinzipien seien volle Gegenseitigkeit, Anerkennung der souveränen Rechte jedes Landes, einheitliche Behandlung unabhängig von der Nationalität bei der Anwendung von Rechtsvorschriften, administrativen Maßnahmen, Gebühren usw. sowie angemessene Berücksichtigung der Beförderungsindustrie des Transitlandes beim Transitverkehr.

Deutsche Teilnehmer an der UNICEF-Verwaltungsratssitzung

An den Beratungen des Verwaltungsrats des Weltkinderhilfswerks der UN (UNICEF), die vom 9. bis 22. Juni in New York stattfanden, nahmen als deutsche Vertreter Professor Dr. Wolfgang Dietrich Germer, Berlin, und LR Dr. Guido Brunner von der deutschen UN-Beobachtermission teil. Dr. Brunner hatte auch an den vorangegangenen Sitzungen des Programmausschusses von UNICEF, in den Deutschland gewählt worden war, teilgenommen.

UN-Flüchtlingskommissar in der Bundesrepublik

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Dr. Felix Schnyder, besuchte die Bundesrepublik Deutschland vom 14. bis 16. Juni 1965. In München hielt der Hohe Kommissar anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen vor der Deutschen Gesellschaft für Auslandskunde und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen einen Vortrag. Vorher war Dr. Schnyder Gast der Bayerischen Staatsregierung bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück. Während seines Aufenthaltes in Bonn stattete Dr. Schnyder dem Bundespräsidenten einen Besuch ab und erörterte mit den zuständigen Bundesressorts gemeinsame Fragen der Bundesregierung und seines Amtes. Während die Eingliederung der ausländischen Flüchtlinge in Deutschland im Rahmen des Möglichen in erfreulicher Weise einer Lösung nahegebracht werden konnte, bestehen in der Welt noch ernste Flüchtlingsprobleme, zu deren Lösung es intensiver Anstrengungen der Völkergemeinschaft bedarf. Die Bundesrepublik nimmt an diesen Aufgaben der Vereinten Nationen mit lebhaftem Interesse Anteil. Auch Fragen im Zusammenhang mit der Betreuung und der Rechtsstellung der in Deutschland lebenden etwa 200 000 nichtdeutschen Flüchtlinge wurden besprochen. Nach Auflösung der Flüchtlingslager handelt es sich in der Bundesrepublik insbesondere noch um die Unterbringung von etwa 10 000 noch nicht angemessen untergebrachten Flüchtlingen. Ferner wurden Fragen erörtert, die sich im Zusammenhang mit den kürzlich vom Bundestag verabschiedeten Entschädigungsgesetzen ergeben. - Der letzte Besuch des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik fand vor drei Jahren statt.

Besuch von Vizekanzler Mende in der UNO

Während seines kurzen Aufenthaltes in New York aus Anlaß des Jahrestages des 17. Juni 1953 und seiner Ansprache auf einer deutsch-amerikanischen Gedenkfeier besuchte Vizekanzler Mende Generalsekretär U Thant im Gebäude der Vereinten Nationen und führte eine längere Unterredung mit

ihm über innen- und außenpolitische Fragen. Der Vizekanzler wohnte auch einer Sitzung des Sicherheitsrates, auf der die Vorgänge in der Dominikanischen Republik behandelt wurden, bei. Botschafter von Braun, der deutsche Beobachter bei den UN, gab Herrn Dr. Mende ein Essen, an dem auch einige UN-Botschafter, unter ihnen der Vorsitzende der Menschenrechtskommission, der philippinische Botschafter Lopez, teilnahmen.

Deutscher Beobachter bei der UN-Abrüstungskommission

Für die siebenwöchige Dauer der von der Sowjetunion beantragten Sitzung der Abrüstungskommission der UN in New York, die Mitte Juni abgeschlossen werden konnte, hielt sich LR I Dr. Jürgen Diesel vom Auswärtigen Amt in New York auf, um den Verlauf der Tagung als Beobachter zu verfolgen. Die Sitzung, die nicht die von der Sowjetunion in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat, verabschiedete eine Empfehlung an die 20., im September zusammentretende Vollversammlung, sich vordringlich mit dem Plan der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz im Jahre 1966 zu befassen, sowie eine weitere Resolution, in der die Wiederaufnahme der Arbeiten der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf vorgeschlagen wurde.

Vizepräsident Wilson in Bonn

Mr. Geoffrey M. Wilson, der Vizepräsident der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), besuchte am 21. und 22. Juni 1965 Bonn, um mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung Gespräche über sich aus der Arbeit der beiden Institute ergebende Fragen zu führen. Er nahm an einer Arbeitsbesprechung im Bundesministerium für Wirtschaft mit Vertretern der interessierten Ressorts teil und wurde von Staatssekretär Dr. Langer empfangen. Vizepräsident Wilson trug u. a. die Vorstellungen der Weltbankleitung über eine weitere Aufstockung des Kapitals der IDA vor. Von deutscher Seite wurde hierzu die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich an einer weiteren Zuführung von Kapital in angemessener Weise zu beteiligen. Über Beträge wurde noch nicht gesprochen. – Weltbank und IDA sind Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, in denen die Bundesrepublik Vollmitglied ist.

Weiterer deutscher Beitrag für UN-Zypernaktion

Der deutsche Beobachter bei den UN, Botschafter von Braun, konnte dem Generalsekretär auch für den bis zum 26. Juni 1965 laufenden Abschnitt der UN-Zypernaktion einen Beitrag von wiederum 2 Millionen DM überreichen, womit sich die deutsche Unterstützung dieser Frieden erhaltenden Operation der UN auf insgesamt 10 Millionen DM erhöht. – Inzwischen hat der Sicherheitsrat eine Verlängerung der UN-Zypernaktion nicht wie bisher um drei, sondern um sechs Monate, bis Ende Dezember 1965, beschlossen in der Hoffnung, daß nach Abschluß der Wahlen in der Türkei die Basis für eine Lösung der Zypernfrage gefunden und die Stationierung der UN-Truppen allmählich abgebaut werden kann. Ebenso wie die übrigen beitragenden Staaten ist auch die Bundesrepublik vom Generalsekretär gebeten worden, diese sechsmonatige Phase der Zypernaktion durch finanzielle Unterstützung zu ermöglichen.

Deutsche Delegation für UN-Kakaokonferenz

Zur Tagung der Arbeitsgruppe I der UN-Kakaokonferenz, die Ende Juni ihre Tätigkeit begann, sind von deutscher Seite Ministerialrat Helmut Gebhardt und Herr Otto Boose vom Bundesernährungsministerium sowie Dr. Schlüter vom Finanzministerium nach New York entsandt worden. Die offizielle deutsche Delegation wird durch je einen Vertreter des Kakao-handels und der deutschen Schokoladenindustrie ergänzt.

Botschafter a. D. Georg von Broich-Oppert

wurde Geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen UNICEF-Komitees. Botschafter von Broich-Oppert war Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen von August 1956 bis August 1958. Auch nach seiner Pensionierung hat er noch Aufträge des Auswärtigen Amtes ausgeführt und mit den Vereinten Nationen in Verbindung gestanden. So begrüßte er am 24. Juli 1964 auf dem Frank-

furter Flughafen namens der Bundesregierung den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant (vgl. VN Heft 4/64 S. 146 und S. 153).

Vorstandsmitglied der DGVN nimmt an UNO-Lehrgang teil

Dem Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Klaus Hüfner, Berlin, der 1964/65 mit einem Stipendium an der Graduate School der Princeton University, USA, Studien über die ökonomischen Probleme des Ernährungswesens betrieb, wurde vom Sekretariat der Vereinten Nationen aus einer größeren Anzahl von deutschen Bewerbern ein Platz im Informationslehrgang der UNO im August 1965 gewährt. Er wird mit Hilfe eines Stipendiums des Auswärtigen Amtes an diesem Lehrgang teilnehmen.

Berliner Landesverband der DGVN weiterhin aktiv

Auch in den vergangenen Monaten war der LV Berlin der DGVN wieder sehr tätig. – Die diesjährige Veranstaltung zum Weltgesundheitstag am 7. April, der zum Thema „Pockengefahr – auch bei uns?“ hatte, besuchten rund 900 Personen. Nach der Begrüßung durch den Senator für das Gesundheitswesen, Dr. G. Habenicht, referierten Professor Dr. E. G. Nauck und der Wissenschaftliche Oberrat Dr. W. Anders vom Bundesgesundheitsamt. Das Schlußwort sprach der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes Berlin, Medizinalkommissar Dr. D. Bloß. Die Teilnehmer erhielten einen guten Einblick in die segensreiche Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisation, einer der großen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. – Außergewöhnliches Interesse fanden verständlicherweise Besuch und Vortrag des derzeitigen Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, Seiner Exzellenz Salvador E. Lopez, am 21. April (vgl. „Der Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission in Berlin“, vorstehender Bericht S. 103). Zusammen mit dem Amerika-Haus Berlin fand ein Vortragsabend mit Dr. Ernst Hamburger, New York, statt, bei dem der frühere Beamte der Vereinten Nationen und besondere Kenner aller mit der Tätigkeit der Weltorganisation auf dem Gebiet der Menschenrechte zusammenhängenden Fragen diesmal über „20 Jahre Vereinte Nationen“ sprach. Seinen Ausführungen folgten herzlicher Beifall und eine lebhaft diskutierte Diskussion. Der Abend war mit dem neuen UN-Film „Die Charta“ eingeleitet worden. – Der gleiche Film wurde auch in weiteren Veranstaltungen eingesetzt, so beim DGB-Bildungswerk, dem Internationalen Studentenbund und dem Bund Ostdeutscher Studenten. In diesen Fällen lautete das Vortragsthema „Die Vereinten Nationen im Spannungsfeld der Weltmeinung“. Auf einem Seminar des Deutschen Beamtenbundes wurde über die Aufgaben der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und vor Schwestern verschiedener Krankenhäuser über die humanitären Sonderorganisationen der Vereinten Nationen gesprochen.

Rege war in der Berichtszeit auch wieder die Betreuung zahlreicher in- und ausländischer Gäste, deren Tätigkeit mit den Vereinten Nationen in Verbindung steht. Hier sind unter anderem bei der UNO tätige Diplomaten aus Nigeria, Kenia, Sambia und Sierra Leone und die bei ihr akkreditierten Korrespondenten der Ghana News Agency, des Christian Science Monitor, des Columbia Broadcasting System und des Press Trust of India zu nennen. Von besonderem Interesse waren der Besuch von Mr. MacBride, dem Generalsekretär der Internationalen Juristenkommission, und von Mr. George Palthey, dem stellvertretenden Direktor des Europäischen Büros der Vereinten Nationen in Genf. Auch mit dem ständigen Korrespondenten der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN in New York, Dr. Otto Leichter, kam es zu einem intensiven Gedankenaustausch. Gelegenheit zu zahlreichen politischen Gesprächen boten der Empfang für den Staatspräsidenten von Somalia, Osman, der mit einigen Ministern in Berlin weilte, ferner mit dem Parlamentspräsidenten von Korea, Dr. Rhee, mit dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern von Philadelphia, mit verschiedenen Bürgermeisterdelegationen aus Frankreich, mit Abgeordneten des Bundesparlaments von Brasilien und des Finnischen Reichstages, mit Vertretern der Nationalen Verteidigungsakademie von Thailand und anderen. Besonders aktuell waren die Gespräche mit dem Staatssekretär im Außenministerium von Kongo (Léopoldville) und dem Staatssekretär für Inneres und Verteidigung von Zypern.